



**PIRATEN HANNOVER**  
KLARMACHEN ZUM ÄNDERN

Dr. Jürgen Junghänel  
Leinstr. 27  
30159 Hannover

Hannover, den 31.1.2019

An die  
Bezirksbürgermeisterin  
im Stadtbezirk Mitte  
Frau Cornelia Kupsch o.V.i.A

Drucksache Nr. 15-0367/2019

über den Fachbereich Zentrale Dienste  
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten

Fachbereich Personal und Organisation Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten		
04. FEB. 2019		
an		

**Antrag** gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in  
die nächste Sitzung des Bezirksrates

**Betr.: Bürgerbeteiligung Namensfindung Hindenburgstraße**

**Antrag zu beschließen:**

Zur Findung eines neuen Namens für die jetzige Hindenburgstraße wird ein zweistufiges  
Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt:

1. Phase

Alle Mieter und BesitzerInnen der Häuser der Hindenburgstraße werden angeschrieben.  
Dabei werden sie über das Verfahren aufgeklärt und um Namensvorschläge gebeten. Sie  
werden darauf hingewiesen, dass bei den derzeitigen politischen Gegebenheiten im  
Bezirksrat der Name Hindenburg keine Aussicht auf Verwirklichung hat.

Die Stadtverwaltung bewertet diese Namen auf Umsetzbarkeit und klärt bei  
Persönlichkeiten deren Lebensweg.

Der Bezirksrat beschließt dann, welche 8 Namen den Anwohnern den Bewohnern  
zur endgültigen Abstimmung vorgelegt werden **mit dem Versprechen**, dass der  
Name mit den meisten Stimmen dann auch von ihm gewählt wird.

2. Phase

Alle Mieter und Besitzer der Hindenburgstraße werden erneut angeschrieben und um  
Abstimmung über diese Namen gebeten.

Der Bezirksrat stimmt für den mehrheitlich von den BürgerInnen gewünschten  
Namen.

**Begründung:**

Im Spagat zwischen wünschenswerter Bürgerbeteiligung und repräsentativer Demokratie muss klar gemacht werden, welche Rolle die Beteiligten haben. In einem solchen zweistufigen Verfahren behält die Politik – wie vorgesehen und rechtskonform – das Verfahren in der Hand.

Wenn lediglich Namensvorschläge in einem einstufigen Verfahren eingeholt werden, wird man zwar Namensvorschläge bekommen, aber kein echtes Meinungsbild erhalten.

Das vorgeschlagene Verfahren bietet eine Beratung und eine eingeschränkte Entscheidung durch die betroffenen BürgerInnen, das könnte die Betroffenen auch mit dem Bezirksrat versöhnen.

Im Gegensatz zu Diskussionsveranstaltungen, zu den oft nur interessierte BürgerInnen kommen, ist dieses Verfahren mit dem niederschweligen Postverfahren lediglich repräsentativ und sehr transparent.



Dr. Jürgen Junghänel

Bezirksratsherr im Stadtbezirk Hannover Mitte